

Was uns stark macht: Ideen, Vielfalt, Solidarität.

Zeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016
für den Landkreis Harz

DIE LINKE.



Gysi kommt

Wahlkampfabschluss am
11. März, 16 Uhr, CinemaxX
im Charlottencenter, Halle
www.dielinke-sachsen-anhalt.de



Post von Bodo Ramelow an Wulf Gallert

»Du willst das, und Du kannst
das, davon bin ich fest
überzeugt.« **Seite 2**

Für einen starken Land- kreis Harz!

Unsere Kandidatinnen und
Kandidaten. Unsere Ideen.
Unsere Ziele. **Seite 3 bis 6**

Ich kann. Ich will. Ich werde.

1963 in Havelberg geboren, dort aufgewachsen und der Stadt bis heute verbunden. In Magdeburg und Leipzig studiert, Lehrer geworden, später noch Politikwissenschaften in Magdeburg studiert, in Havelberg ein Jugendzentrum geleitet. Immer politisch gedacht und gehandelt, 1990 mit dem Satz »Jetzt erst recht« politisch aktiv geworden. Erfahrungen in der Kommunalpolitik in Havelberg und Stendal gesammelt und 1994 Landtagsabgeordneter der PDS geworden. Als Parlamentarischer Geschäftsführer acht Jahre lang das Magdeburger Modell mitgestaltet. Dabei gelernt, wie man einen politischen Interessensausgleich herstellt, millionenschwere Landeshaushalte verhandelt, Tabus bricht und an deren Stelle Neues setzt. 2004 Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE geworden. Op-

position so verstanden und ausgeübt: etwas für die Menschen im Land durchsetzen, ohne die Macht zu haben. Kluge und gute Vorschläge unterbreitet, die sich an den Bedürfnissen und Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger orientieren. Immer Politik für Menschen gemacht und für ein Land, das diesen Menschen mehr als Aufenthaltsort sein soll.

Dieser Mann will und kann Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt werden. Warum sollte man ihn wählen?

Weil er eine Idee hat

»Wir wollen im Land eine gute Lebensqualität für alle erreichen, die heute und in Zukunft hier leben wollen. Wir werden eine innovative Wirtschaft entwickeln, die durch gute Arbeit und Kreativität gekennzeichnet

ist. Wir werden soziale Gerechtigkeit herstellen und Vorreiter einer inklusiven Gesellschaft mit einem beispielhaften Bildungssystem sein. Wir werden für die Städte und die ländlichen Regionen eine Perspektive erarbeiten.«

Weil er Mut zur Umkehr hat

»Der Staat hat sich aus seiner Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge zurückgezogen, stattdessen einseitig auf schnelle Schuldentilgung orientiert. Wir werden den Abbau öffentlicher Leistungen stoppen und umkehren. Schrumpfungspolitik ist keine Lösung, weil sie die menschlichen und unternehmerischen Potenziale aus dem Land vertreibt. Auch für uns soll Neuverschuldung kein Thema sein. Aber einem Land, das in den vergangenen zehn Jahren nur zwei Prozent Wirtschafts-

wachstum aufweisen kann, fehlt es offensichtlich an Kompetenz. Wir können Wirtschaft und werden das unter Beweis stellen.«

Weil er klare Ansagen macht

»Wir beenden die Strategie des Billiglohlandes und werden uns für Flächentarife und Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben starkmachen und Gewerkschaften unterstützen. Wir stehen für Förderung des Wirtschaftsstandortes statt Subventionierung einzelner Unternehmen. Wir werden die Kommunen stärken, statt sie auszuhungern und am Gängelband zu führen. Wir wollen die Macht, um den Kommunen Gestaltungsspielraum zu geben.«

Wulf Gallert ist bereit für den politischen Wechsel. Und dieser politische Wechsel wird die Stagnation beenden.



Hass aus Bequemlichkeit

Gespräch mit den Theatermachern Matthias Brenner und André Bückner über die Kraft des Widerstandes, den Wert von Kultur und den Umgang mit Menschen in Not. **Seite 7**



Kurswechsel für gute Bildung!

Ein Plädoyer von
Thomas Lippmann und
Matthias Höhn. **Seite 8**

Den Wirtschaftsstandort fördern!



Zwei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse befassen sich zurzeit im Landtag mit fragwürdigen Praktiken bei der Vergabe von Fördermitteln. Eine der wesentlichen Ursachen für die Fördermittelskandale ist das Fehlen wirklicher Strategien, wohin sich unser Land entwickeln soll. DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt formuliert schon seit Jahren ihr politisches Ziel, den Wirtschaftsstandort zu fördern statt Unternehmen zu subventionieren.

Bei einem Gespräch, das ich kürzlich mit Unternehmern in Bitterfeld führte, brachte es der Inhaber von drei Einzelhandelsgeschäften auf den Punkt: »60 Prozent der vom Bund zur Verfügung gestellten Fördermittel flossen in den letzten Jahren an ganze 20 Antragsteller. Diese Fördermittel unterstützen die Großen, die in Konkurrenz zu den Kleineren stehen. Nehmen Sie lieber das ganze Geld und stecken es in eine kostenfreie Kinderbetreuung und Ausbil-

dung, dann haben wir alle mehr davon.« Sicher, Fördermittel lassen sich nicht einfach anders verwenden, aber die Botschaft ist: Ohne Bildungsgerechtigkeit, ohne ausreichendes Personal in der öffentlichen Verwaltung, in Schulen und bei der Polizei, ohne attraktive Kulturangebote, ohne öffentlichen Personennahverkehr, ohne Breitband wird sich die Wirtschaft Sachsen-Anhalts nicht vom Fleck bewegen.

Wulf Gallert

PREISRÄTSEL

Eine Reise ins Europäische Parlament, ein Besuch des Deutschen Bundestages und ein Wochenende zu zweit in Thüringen zu gewinnen.
Letzte Seite

Argumente gegen Vorurteile

»Schule marode, Straßen kaputt, Schwimmbad geschlossen: Seit Jahren kein Geld in der Stadt, und jetzt sollen noch Flüchtlinge integriert werden?« Es stimmt, in vielen Städten und Gemeinden verrottet die öffentliche Infrastruktur. Seit Jahren wird nicht mehr ausreichend investiert. Doch das hat nichts mit den Flüchtlingen zu tun. Dass die Kassen vieler Kommunen leer sind, ist geradezu unvermeidlich, wenn Steuern für Reiche und Konzerne gesenkt werden und Steuerflucht nicht wirksam bekämpft wird. Wir sagen: Den Luxus, die wirklich Reichen nicht steuerlich an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen, können wir uns nicht länger leisten.

»Die meisten fliehen gar nicht vor Krieg, sondern sind Wirtschaftsflüchtlinge, die es auf unsere Sozialleistungen abgesehen haben.«

Nach wie vor sind Terror, Krieg, Verfolgung die häufigsten Fluchtursachen. Fluchtrouten sind meistens sehr gefährlich. Niemand nimmt dieses Risiko nur deshalb auf sich, um hier Sozialhilfe zu beziehen. Flüchtlinge aus den Balkanstaaten sind sehr häufig Sinti und Roma. Zu ihnen sagt der Europarat: »Sie leben in extremer Armut. Dinge, die andere Menschen für selbstverständlich halten, werden ihnen verweigert: Schul- oder Arztbesuch, Arbeit, angemessener Wohnraum.« Sie sind rassistischer Verfolgung ausgesetzt. Die Bundesregierung hat im Herbst weitere Balkanländer als sicher eingestuft, unter anderem den Kosovo. Der ist so sicher, dass dort noch immer die Bundeswehr vor Ort sein muss.

»Flüchtlinge bekommen so viel Geld, dass sie sich sogar Smartphones leisten können.«

Flüchtlinge erhalten nach der Erstaufnahme bis zum 15. Aufenthaltmonat mit 287 Euro deutlich weniger als Hartz IV. Handys werden häufig bereits mitgebracht und sind für Flüchtlinge kein Symbol für Wohlstand, sondern oft das einzige Mittel, um zum Beispiel mit der Familie zu Hause in Kontakt zu bleiben oder mit Familienmitgliedern, die auf der Flucht an unterschiedlichen Orten gestrandet sind.

»Wer soll denn die Versorgung all der Flüchtlinge bezahlen?«

Zehn Milliarden wird die Bundesregierung bis zum Ende des Jahres 2016 für Flüchtlingspolitik ausgeben. Rund 317 Milliarden Euro im Jahr betragen die Ausgaben der Bundesrepublik 2016 insgesamt. Gleichzeitig entgehen dem Staat jährlich rund 100 Milliarden Euro durch Steuerflucht. Eine Steuer auf Vermögen über 1 Million Euro würde den öffentlichen Kassen 80 Milliarden Euro Einnahmen bringen, damit wäre ein Sofortprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro finanzierbar.



Europa muss helfen. Wir müssen helfen!

Bevor die Menschen kamen, sah man die Bilder. Zehntausende Jesiden bangten im Sommer 2014 um ihr Leben und drohten, im Sindschar-Gebirge zu verdursteten und zu verhungern. Dschihadisten zerstörten die Stätten des Weltkulturerbes aus vorislamischer Zeit. Um die kurdische Stadt Kobanê begann ein erbitterter Kampf. Doch erst einen Sommer später erreichte der Krieg wirklich Europa. Mit der Zahl der Flüchtlinge werden die Verheerungen in Syrien und im Irak wirklich klar. Tausende sind jetzt auf gefährlichen Wegen auf der Flucht. Sie suchen endlich Sicherheit und einen friedlichen Alltag, nach Monaten oder gar Jahren in Flüchtlingslagern,

ohne Perspektive für ein neues Leben, ohne Schule für ihre Kinder, ohne die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Europa muss helfen. Wir müssen helfen.

Dies sehen zum Glück viele Menschen in Deutschland genauso. Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände leisten mit großem Engagement dringend notwendige Arbeit. Wir meinen aber auch, staatliche und ehrenamtliche Hilfe muss besser koordiniert werden. Statt aufwändiger »Asylgipfel« sollte eine »Ständige migrationspolitische Konferenz« eingerichtet werden, in der Fachleute und Ehrenamt, migrantische Selbstorganisationen und staatliche

Strukturen verzahnt werden. Gesellschaft verändert sich – auch durch Zuwanderung und auch in Sachsen-Anhalt. Erstmals seit vielen Jahren kommen mehr Menschen ins Land als fortgehen. Das ist durchaus eine Chance. Und die wollen wir nutzen. Die Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden. Willkommenskultur muss für alle da sein – wer als Asylbewerber ausgegrenzt wird, fühlt sich auch als Asylberechtigter nicht willkommen. Dezentrale Unterbringung in Wohnungen bleibt für uns ein wichtiges Ziel. In der momentanen Situation sollte dabei unser Augenmerk auf besonders Schutzbedürftige wie allein reisende Frauen und

Kinder gerichtet sein. Den Alltag der Geflüchteten wollen wir entbürokratisieren, dazu gehören die Einführung der Gesundheitskarte und Servicestellen für Integration in den kommunalen Verwaltungen.

DIE LINKE steht an der Seite aller Mutigen und Engagierten und für eine Willkommenskultur. Rassistische Angriffe und Diskriminierung müssen konsequent verfolgt und geahndet werden. Gehen Sie wählen und verhindern Sie mit Ihrer Wahl den Einzug rassistischer und rechtspopulistischer Parteien in den Landtag! Angstmache und Vorurteile brauchen nicht auch noch die Bühne des Parlaments zu ihrer Verbreitung.



Lieber Wulf,

in ein paar Wochen wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Du bist im April 2015 von Deinem Landesverband als Ministerpräsidentenkandidat nominiert worden, und inzwischen läuft der Wahlkampf auf vollen Touren. Dein Terminkalender wird überquellen, der Tag ist eigentlich immer zu kurz, die Nacht sowieso. Wir kennen das beide, und wir wissen voneinander, dass wir die Kraft für solche Herausforderungen haben.

Übers Regieren muss ich Dir nichts erzählen, Du weißt, wie es ist, Verantwortung für die Entwicklung des Landes zu tragen. Das »Magdeburger Modell«, die Tolerierung einer SPD-geführten Minderheitsregierung durch die PDS, war 1994 für die einen eine Sensation, für die anderen ein Skandal. Die Zusammenarbeit hat acht Jahre lang gute Politik für Sachsen-Anhalt hervorgebracht. Und diese Zeit hat Dich nachhaltig geprägt.

Du weißt, regieren ist kein Selbstzweck, sondern es geht immer um konkrete Verbesserungen für die Menschen im Land. In Sachsen-Anhalt beginnt nun der Prozess, den wir in Thüringen bereits erfolgreich umgesetzt haben. Bevor unsere rot-rot-grüne Koalition die Arbeit aufgenommen hat, gab es vor allem in den Medien viele Debatten. Viele wollten uns erzählen, dass das nicht geht, etwas Neues anzufangen, weil noch nie ein Dreierbündnis erfolgreich regiert habe. Inzwischen haben wir erfolgreich das Gegenteil bewiesen. Rot-Rot-Grün in Thüringen hat gezeigt, dass unsere drei Parteien sehr

gut zusammenarbeiten können. Und bei allem Stolz auf unseren schönen Freistaat möchte ich behaupten: Was Thüringen kann, kann Sachsen-Anhalt auch!

Wir haben in Thüringen viele wichtige Reformprojekte umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Nach jahrelangen Debatten hat Thüringen endlich ein Bildungsfreistellungsgesetz, wir haben den Verfassungsschutz reformiert, solidarische Haushalte ohne neue Schulden aufgestellt und wie versprochen im ersten Jahr 500 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Auch Ihr habt vor, die Bildung zu stärken, schon zum Schuljahr 2016/17 mindestens 350 neue Lehrkräfte einzustellen und auf gar keinen Fall weitere Stellen abzubauen. Bildung ist eine richtige und wichtige Investition in die Zukunft, die sich auszahlt!

Lieber Wulf, Ministerpräsident ist kein Job wie jeder andere, man muss das leben. Du willst das, und Du kannst das, davon bin ich fest überzeugt.

Dein Bodo Ramelow

Ehrlich. Direkt. Sozial engagiert.

Zusammenarbeit fördern, Netzwerke stärken, sich für Frauenrechte engagieren – Astrid Meyers Vorhaben nähren sich aus langjährigen Erfahrungen im Ehrenamt

Mein Name ist Astrid Meyer. Ich bin Frau, Mutter, Großmutter, Kinderkrankenschwester, Stadträtin.

Deshalb setze ich mich ein für:

- die Verbesserung der finanziellen und planerischen Ausstattung der Krankenhausstandorte
- eine effektivere Verteilung von grundmedizinischen und spezialmedizinischen Angeboten zwischen den Einrichtungen und Regionen
- Kooperation statt Konkurrenz zur Sicherung einer guten, ortsnahen und bezahlbaren medizinischen Versorgung in der Stadt und im ländlichen Raum
- Prävention und Stärkung der gesundheitlichen Selbsthilfe und
- die Unterstützung des Gesundheits- und Breitensports.

Ich will, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt wird. Das muss drin sein!

Wir brauchen innovative Wohnkonzepte, z. B. Mehrgenerationen-Wohnprojekte, in denen die Menschen voneinander lernen und sich gegenseitig unterstützen können. Ich sage, dass angemessener Wohnraum für alle bezahlbar bleiben muss.

Ich setze mich für ein modernes Gleichstellungsgesetz ein, um Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Frauen sollen unabhängig von ihrer Lebenslage Zugang zu und Teilhabe an Politik, Wirtschaft, Bildung und Kultur haben.

Ich engagiere mich in meiner Freizeit sehr viel ehrenamtlich. Ehrenamt braucht kontinuierliche Förderung durch die Kommunen – die aber kein Geld haben. Das ist zu ändern.

Die kommunale Selbstverwaltung muss wieder hergestellt werden! Eine auskömmliche Finanzausstattung ist überfällig.

Ich bin Mitfrau im Unabhängigen Frauenverband e. V. (www.ufv-halberstadt.de).

Mit unserem Frauenzentrum Lilith bieten wir Frauen und Mädchen Räume für Kreativität, Gedankenaustausch, Kultur, Bildung, gesellschaftliches Engagement. Seit etwa einem Jahr gehen wir einmal in der Woche ehrenamtlich in den Hort der Miriam-Lundner-Schule in Halberstadt, um dort mit den Mädchen und Jungen zu häkeln und zu stricken. Das Interesse der Kinder ist ungebrochen, sie sind mit großem Eifer dabei, und wir »Strick-Omas« haben ebenfalls viel Freude an diesem kreativen Zusammensein.

Begegnungen mit Frauen und Kindern aus anderen Kulturkreisen gehören schon viele Jahre zu unserem Programm. In letzter Zeit sind wir, so oft es möglich ist, in der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerberin-

nen und Asylbewerber (ZAST), um mit Frauen und Kindern Zeit zu verbringen und sie ein wenig vom Verlust von Familie und Zuhause abzulenken.

Am Internationalen Weltmädchentag waren wir mit Kindern und Müttern aus der ZAST zu Besuch im HAWOGE-Spielmagazin, möglich gemacht durch eine Spende aus dem Solidarfonds der Landtagsfraktion DIE LINKE.

Im Sommerhalbjahr bin ich gern in meinem Kleingarten und arbeite dort auch im Vorstand mit. In so einer Gartenanlage geht es zu wie im richtigen Leben, meist allerdings entspannter. Sie ist ein wichtiger Ort für Naturerfahrung, Gartenbau und Pflanzenpflege und um soziale Erfahrungen zu sammeln. Also auch ideal für Familien und Kinder.

Ich liebe Rosen und Handarbeit, auch wenn für all das wenig Zeit bleibt.



Astrid Meyer
tritt im Wahlkreis 14,
Halberstadt, an.

Ich will die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen, ehrenamtlichen Netzwerken und Fachträgern fördern. Dazu braucht es eine stabile und verlässliche Förderung von Bildungs- und Beratungsprojekten.

Astrid Meyer
DIE LINKE. Harz
Hoher Weg 12b
38820 Halberstadt
Telefon: 0174 / 633 08 70
AstridMeyer40@t-online.de
www.astrid-meyer.de

Sie kandidieren in Teilen des Harzes

Mit Herz und Verstand sozial



Liebe Bürgerinnen und Bürger, in Sachsen-Anhalt ließe es sich richtig gut leben, wäre da nicht dieser endlose Kürzungswahn der Bundes- und Landesregierung. Unsere Städte und Gemeinden haben von Jahr zu Jahr weniger Geld für Soziales, Kultur und Sport zur Verfügung. Schulen und Freizeiteinrichtungen schließen, und Schulwege werden immer länger. Der enorme Anstieg der Kitagebühren wurde auf die Eltern und die Kommunen abgewälzt. Zu lange Wartelisten bei Fach-

ärzten und die beschwerlichen Anfahrtswege belasten besonders Familien und unsere älteren Mitmenschen. Ich will mich für gute und wohnortnahe Gesundheitsversorgung, Bildungs- und Freizeitangebote, Perspektiven für die Jugend – unabhängig vom Einkommen der Eltern – einsetzen. Ebenso notwendig sind die Finanzierung von bedarfsgerechten Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Erwerbslose, eine gute Erwerbsarbeit, eine Mindestsicherung und Mindestrente

von 1.050 Euro im Monat statt Zwang und Schikanen. Mit auskömmlichen Renten und Löhnen und einer Mindestsicherung bräuchten wir auch keine Armutsindustrie wie die Tafeln, Kleiderkammern und Suppenküchen und ebenso wenig sogenannte Bildungs- und Teilhabepakete. Die Ausgrenzung durch Armut muss beendet werden! Dafür werde ich mich im Landtag einsetzen – für Sie, für unsere Region.

Ihre Elke Reinke



Elke Reinke
kandidiert im Wahlkreis 18,
Aschersleben – inklusive
der Stadt Falkenstein/Harz.

Elke Reinke
DIE LINKE. Salzlandkreis
Postfach 1104
06391 Bernburg
e-reinke@web.de

Gute Arbeit für eine sichere Zukunft

Nur gute Ausbildung und gute Arbeit sichern die Zukunft der Menschen in unserem Land. Frauen, Jugendliche, Ältere, Langzeitarbeitslose, Migrantinnen und Migranten sowie Menschen mit Behinderung müssen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. Die Einführung des Mindestlohns war ein

erster Schritt, um die Zahl der Menschen, die trotz Arbeit vom unwürdigen Hartz IV abhängig sind, zu verringern. Der Mindestlohn war zuerst nur eine Forderung der LINKEN und hat nach langem Kampf endlich eine so breite gesellschaftliche Mehrheit gefunden, dass selbst die CDU-geführte Bundesregie-

rung nicht mehr um die Einführung herumkam. Aber am Arbeitsmarkt ist noch viel zu tun, um gute Bedingungen für ein Land zum Leben und ein Land zum Bleiben zu schaffen. Wir brauchen:

- besseren Zugang zum Arbeitsmarkt für Migrantinnen und Migranten

■ bessere Bedingungen für die Zusammenarbeit aller an der Integration in der »Behindertenförderung« beteiligten Institutionen

■ sinnvolle Bündelung der Förderprogramme von Land, EU, Bund und Kommunen

■ sinnstiftende Beschäftigungsprogramme (Gemeinwohlarbeit) für Langzeitarbeitslose

■ Weiterentwicklung der Konzepte »Jugendberufsagenturen« und des Regionalen Übergangsmagements Sachsen-Anhalt (RÜMSA)

■ attraktivere Bedingungen in der Berufsausbildung (dual und schulisch) und inklusive Hilfen für geringverdienende Azubis sowie einen

■ vereinfachten Zugang zum Bildungs- und Teilhabepaket.

Doreen Hildebrandt



Doreen Hildebrandt
ist stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt und Direktkandidatin im Wahlkreis 09 Oschersleben – inklusive Harsleben und der Stadt Wegeleben.

Doreen Hildebrandt
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg
doreen.hildebrandt@dielinke-isa.de
www.doreen-hildebrandt.de



André Lüderitz

Wahlreis 15
Blankenburg

Ich bin 57 Jahre alt, verheiratet und habe drei erwachsene Kinder.

Als gebürtiger Ilsenburger wohne ich bis heute – mit kurzen Unterbrechungen – mit Familie in meiner Heimatstadt. Seit 2006 bin ich als Mitglied des Landtages in der Fraktion DIE LINKE Sprecher für Umweltpolitik. Wichtig ist für mich auch die Arbeit in der Kommunalpolitik. Seit 1990 bin ich Stadtrat in Ilsenburg und seit 2004 Mitglied des Kreistages Wernigerode bzw. Harz. Da Vereine sehr viel voranbringen können, engagiere ich mich im Bund für Umwelt und Naturschutz, in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in den Fördervereinen Schloss Wernigerode, Berufsschule »Geschwister Scholl« Halberstadt, Jungborn Stapelburg und Nationalpark Harz.

André Lüderitz
Wahlkreisbüro
Blankenburg
Lange Straße 17
38889 Blankenburg
Telefon: 03944/688 10 50
Fax: 03944/688 10 60
post@andre-luederitz.de
www.andre-luederitz.de

Saubere Umwelt – sauberes Wasser

Die Trinkwasseraufbereitung (TWA) in Wienrode versorgt Hunderttausende Menschen mit Wasser höchster Qualität. Davon konnten wir uns bei einem Besuch in der TWA Wienrode überzeugen. Für die Bereitstellung von Wasser zu bezahlbaren Preisen brauchen wir im Land einen starken Talsperrenbetrieb, der sich weiterhin in der öffentlichen Hand befinden muss. Auch andere Trinkwasserversorger in unserem Gebiet beziehen das Rohwasser in der Regel aus Talsperren, die in unseren Harzwäldern liegen. Deshalb ist der Wald nicht nur Erholungsort, sondern auch Rohstofflieferant und Ökosystem. In seiner Funktion als Wasser- und Klimaregulator ist er zu schützen. Wir stehen für eine naturnahe Waldbewirtschaftung im Einklang mit den sozial-ökologischen Zielen.

Gute Arbeit – gutes Leben

DIE LINKE richtet Wirtschaftspolitik an Kriterien der Nachhaltigkeit aus

Die Besuche und Gespräche in Unternehmen meines Wahlkreises, so im Walzwerk Ilsenburg, bestärken uns darin, unsere Wirtschaftspolitik an einer ressourcensparenden, wissensbasierten, sozial orientierten Lebens-, Siedlungs- und Wirtschaftsweise zu orientieren. Die Förderung neuer Wirtschaftsansiedlungen richten wir an nachhaltigen Kriterien aus. Das ist zuallererst ein Lohn, der ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Dazu gehö-

ren Mitbestimmung im Betrieb und umweltbezogene Standards. Wenn Unternehmen energieeffizienter und ressourcensparend produzieren, dann soll sich das lohnen. Ebenso wichtig sind regionale Wertschöpfungsketten und Unternehmensnetzwerke. Nur eine gezielte, nachhaltige, auf Innovationen und regionale Wirtschaftskreisläufe konzentrierte Entwicklung ist aus unserer Sicht geeignet, die Wirtschaft langfristig voranzu-

bringen. Dabei ist es unerlässlich, die finanzielle Unterstützung von Unternehmen auch an die Qualität der Arbeit, an ökologische Kriterien, den Einsatz für Forschung und Entwicklung und die Gleichstellung der Geschlechter zu binden. Dazu gehört auch das Engagement der Unternehmen bei der umfassenden Entwicklung der Kommunen. Zudem wollen wir Fachkräfte in unsere Orte holen, indem wir gute Bedingungen auch für

ihre Familien und Kinder bieten. Das bedeutet für uns faire, leistungsgerechte Bezahlung, die Schaffung von unbefristeten Vollzeit Arbeitsplätzen und die Gewährung des Rechts von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sich einen Betriebsrat zu wählen. Motivierte und selbstbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind für uns unverzichtbare Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung.

Für eine nachhaltige Landwirtschaft!



Wie die Bauern in unseren Orten wollen wir eine nachhaltige Landwirtschaft, die einen erheblichen Beitrag zu regionalen Wirtschafts- und Stoffkreisläufen, andererseits aber auch zu einer ausgewogenen und stabilen Beschäftigungsstruktur im ländlichen Raum beiträgt. Das hat sich zum Beispiel bei meinem Besuch in Wasserleben gezeigt. Die Förderung in der Landwirtschaft muss sich an Kriterien wie dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, der Sicherung von Arbeitsplätzen sowie der Entwicklung landwirtschaftlicher Produktion im Einklang mit dem Schutz von Tieren und Umwelt orientieren. Das ist für die Entwicklung unserer Dörfer eben-

so wichtig wie die Verhinderung von Bodenverbrauch und -versiegelung. Der Boden gehört zur Bearbeitung in die Hände der Menschen im Dorf. Dabei akzeptieren wir eine Vielfalt von Eigentumsformen. Wichtig ist für uns die Regulierung des Grundstücksverkehrs zur Verhinderung von Spekulation mit landwirtschaftlichen Nutzflächen. Spekulanten geben dem blanken Gewinn und nicht ökologischen Kriterien und Biodiversität den Vorrang. Wir wollen mit Preisobergrenzen den bestehenden landwirtschaftlichen Betrieben, vor allem den Agrargenossenschaften, die gleichberechtigte Teilnahme am Grundstücksverkehr ermöglichen.

Hochwasserschutz bei uns

Die dramatischen Hochwasser- und Starkregenereignisse der letzten Jahre sind uns gut im Gedächtnis geblieben. Vor allem mit Blick auf Ilsenburg mit den beiden Ortsteilen sowie die an der Ilse gelegenen Orte der Gemeinden Nordharz und Osterwieck haben wir 2015 mit Einwohnern und Experten eine beispielgebende Veranstaltung zum Thema Hochwasserbedrohung durch die Ilse durchge-

führt. Anlass war die Sturzflut nach dem Starkregen vom Juli 2014. Wir werden diesem Thema auch künftig die erforderliche Aufmerksamkeit widmen, so dass der machbare Schutz von Menschen und Orten vor Hochwasser verwirklicht wird. Dazu gehört für uns die regelmäßige Beratung der Bewohnerinnen und Bewohner hochwasser- und sturzflutgefährdeter Orte durch Experten.



Energiewende – sozial und ökologisch

Das von uns stets unterstützte Projekt Regionale Modellregion Harz birgt einen Fundus von Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen, die nicht in Vergessenheit geraten dürfen. Atomstrom ist für uns als LINKE keine Alternative. Vielmehr bringt der wachsende Anteil erneuerbarer Energien in der Stromversorgung neue Chancen für die Energieversorgung der Zukunft und zugleich neue Herausforderungen mit sich. Die Stadt Dardesheim mit ihren rund 1000 Einwohnern produziert bereits heute ein Vielfaches an Strom aus erneuerbaren Energieträgern, als

sie selbst beansprucht. Auch mit solchen Erfahrungen sieht DIE LINKE. Sachsen-Anhalt in der Dezentralisierung der Energieversorgung eine Perspektive, die sowohl wirtschaftlichen und sozialen als auch ökologischen Aspekten gerecht werden kann. Hinzu kommt das wichtige Element der realen Bürgerbeteiligung an der Energiewende und der Demokratisierung der Energiewirtschaft. Träger einer solchen Entwicklung sind aus unserer Sicht nicht die großen Energiekonzerne, sondern lokale Unternehmen von Stadtwerken bis hin zu Energiegenossenschaften.

Die Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand, aus unserer Sicht eben auch die Produktion und Verteilung von Energie. Dezentrale Modelle zur Energieversorgung in den Städten und Dörfern sind nachhaltiger und daher vorrangig zu entwickeln. Hierbei wollen wir kommunale Eigentumsformen und Genossenschaften fördern, da sie die Möglichkeit der demokratischen Mitsprache von Verbraucherinnen und Verbrauchern sichern. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt unterstützt Initiativen, die sich für eine weitgehende Selbstversorgung mit Energie in ihren Regionen und Kommunen engagieren.





»Ich halte nichts von Politik in Hinterzimmern«

An erster Stelle steht für mich in meiner parlamentarischen Arbeit die soziale Gerechtigkeit. Dazu gehören die Solidarität mit den Schwachen der Gesellschaft, der Kampf für faire Bezahlung sowie die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Ansiedlung neuer Unternehmen. Chancen auf gute Bildung und Teilhabe an Kultur dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen. Das sind für mich nicht nur Lippenbekenntnisse: Ich habe Bildungseinrichtungen, soziale und kulturelle Initiativen sowie Vereine meines Wahlkreises mit insgesamt 16.000 Euro unterstützt. Jeden Monat spende ich eine feste Summe meines

Einkommens für diese Zwecke. Ich stehe außerdem für bezahlbare Kitaplätze und Wohnungen, die sich auch Familien leisten können. Ich setze mich dafür ein, dass unser Land mehr für den Erhalt einer familienfreundlichen Schullandschaft und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger durch eine spürbare Polizeipräsenz tut. Auch die Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen, der Erhalt einer bedarfsgerechten Infrastruktur sowie starke Personalvertretungen und ein modernes Personalvertretungsrecht im öffentlichen Dienst sind für mich wichtige Themen.

Das Große beginnt im Kleinen

Doch große Politik beginnt für mich mit – manchmal kleinen – Veränderungen vor Ort. So habe ich mich erfolgreich für den Bau eines Sportplatzes in Harzgerode eingesetzt und mache mich in der Lenkungsgruppe Tourismus für die touristische Weiterentwicklung des Oberharzes stark. Als Wernigeröder Stadträtin und Mitglied des Kreistages bin ich in der Kommunalpolitik verwurzelt. Ich weiß, dass die ehrenamtliche Vereinsarbeit für Sport, Kultur, Brauchtums- und Heimatpflege unverzichtbar ist. Heute mehr denn je. Als aktives Vereinsmitglied unterstütze ich deshalb den Harzklub Wernigerode, den Fremdenverkehrsverein Harzgerode-Selketal, den Kinderschutzbund, den Förderkreis der Hochschule Harz, den Verein Kulturrevier Harz und den Offenen Kanal Wernigerode. Ich bin gegen Politik in Hinterzimmern. Regelmäßig lade ich Menschen jeden Alters aus dem Wahlkreis in den Landtag nach Magdeburg ein. In Wernigerode veranstalte ich das Sozialfrühstück mit Hartz-IV-Beratung, bin auf den Wochenmärkten von Harzgerode bis



Benneckenstein, von Hasselfelde bis Elbingerode mit meinen öffentlichen Bürgersprechstunden präsent und habe für jedermann ein offenes Ohr.

Gehen Sie wählen!

Am 13. März sind Landtagswahlen. Ich werbe erneut um Ihr Vertrauen, denn Ihre Interessen sind bei mir in guten Händen. Nutzen Sie die Gelegenheit, um die dringend notwendigen Veränderungen in Sachsen-Anhalt mit auf den Weg zu bringen. Gehen Sie wählen!



Im Wahlkreis und im Landtag – transparent und bürgernah

In den vergangenen Jahren habe ich in Kooperation mit Schulen und Vereinen zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, Schülerinnen und Schüler, ehrenamtlich Aktive und Mitglieder von freiwilligen Feuerwehren aus Wernigerode, Harzgerode und dem Oberharz zu politischen Tagesfahrten in den Magdeburger Landtag eingeladen. Im Landesparlament konnten sich meine Gäste persönlich ein Bild von der Arbeit des Parlaments, der Fraktionen und ih-

rer Harzer Abgeordneten machen. Neben Führungen durch das Landtagsgebäude verfolgten sie auf den Besucherrängen des Plenarsaals die Landtagsdebatten. Ob bei den Besuchen in der Landeshauptstadt oder in meiner Bürgersprechstunde: Mir ist immer wichtig, dass Wünsche, Anregungen und Kritik direkt zur Sprache kommen. Denn ich stehe für eine transparente und bürgernahe Arbeit im Wahlkreis und im Landtag.



Evelyn Edler
Wahlkreis 16
Wernigerode

Seit dem Jahr 2011 verrete ich, liebe Wählerinnen und Wähler, Ihre Interessen als Abgeordnete im Landtag. Ich habe das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gerechtfertigt, mit Erfolg die Anliegen der Menschen vorgebracht und positive Entwicklungen in unserer Region bewirkt. Ich bin 34 Jahre alt, von Beruf Diplom-Verwaltungsökonomin (FH) und lebe in Wernigerode. In meiner Freizeit wandere ich gern und nehme als begeisterte Sportlerin an zahlreichen Läufen teil.

Evelyn Edler
Wahlkreisbüro Wernigerode
Unterengengasse 4
38855 Wernigerode
Telefon: 03943/63 63 15
Fax: 03943/63 63 14
wahlkreisbuero@evelyn-edler.de
www.evelyn-edler.de

Zum Frühstück gibt es Rat und Tat

Seit meinem Landtagseinzug lade ich regelmäßig Menschen, die von Arbeitslosigkeit, Niedriglöhnen und kleinen Renten betroffen sind, zum Sozialfrühstück in mein Wahlkreisbüro nach Wernigerode ein. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten tauschen wir uns über persönliche Erfahrungen der Betroffenen und die aktuelle Gesetzeslage aus. Ein Fachanwalt für Sozialrecht gibt den Gästen in vertraulichen Gesprächen kostenlos Hilfestellung im Umgang mit Ämtern und Behörden. Eines stelle ich immer wieder fest: Viele Erwerbslose konnten nicht vom vielgepriesenen Jobaufschwung profitieren. Er ist vor allem an den Langzeitarbeitslosen vorbeigegangen. Die im Harz sinkende Arbeitslosenrate ist hauptsächlich dem Umstand geschuldet, dass aus älteren Arbeitslosen nun Rentnerinnen und Rentner werden. Teilzeitbeschäftigung und Leiharbeit zu Niedriglöhnen führen geradewegs in die Altersarmut. Auch bei uns in der Harzregion müssen die politischen Rahmenbedingungen für mehr unbefristete, tariflich bezahlte Vollzeitbeschäftigung geschaffen werden, damit Menschen von ihrer Arbeit leben können.



Monika Hohmann
Wahlkreis 30
Quedlinburg

Ich bin 56 Jahre alt, verheiratet und habe drei erwachsene Kinder.

Als gebürtige Gaterslebenerin wohne ich seit 34 Jahren in Hedersleben im Landkreis Harz.

Nach meinem Studium in Quedlinburg arbeitete ich zunächst für zwei Jahre als Grundschullehrerin in der Lutherstadt Wittenberg. Anschließend kehrte ich in meine heimatliche Region zurück. Von 1982 bis 2011 unterrichtete ich an den Förderschulen für Lernbehinderte, erst in Wedderstedt und dann in Wienrode.

Ich bin seit 2004 Gemeinderätin in Hedersleben. Nach der Bildung des Landkreises Harz konnte ich von 2007 bis 2014 als Kreisratsabgeordnete die Entwicklung mitgestalten.

2011 wurde ich in den Landtag gewählt. In meiner Fraktion bin ich für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik zuständig. Außerdem gehöre ich den Ausschüssen Arbeit und Soziales und dem Petitionsausschuss als ordentliches Mitglied an.

Ferner engagiere ich mich ehrenamtlich in den Vorständen des Deutschen Kinderschutzbundes Sachsen-Anhalt e. V. und der pro familia Sachsen-Anhalt e. V.

Monika Hohmann
Wahlkreisbüro Quedlinburg
Lange Gasse 3
06484 Quedlinburg
Telefon: 03946/819 12 67
Fax: 03946/819 12 68
wkb@Monika-Hohmann.de
www.Monika-Hohmann.de

Kinder haben Rechte



Als kinder- und jugendpolitische Sprecherin meiner Fraktion konnte ich während meiner Tätigkeit häufig feststellen, dass bei den Kindern oft Unkenntnis über ihre Rechte besteht. Hier bedarf es einer Menge an gesellschaftlicher Aufklärung.

Mit dem von unserer Landtagsfraktion vorgelegten Mitbestimmungs- und Teilhabegesetz sollen ganz gezielt Maßnahmen zum Einsatz kommen, damit Kinder ihre Rechte wahrnehmen können. So wollen wir die politische und gesellschaftliche Partizipation von Kindern und Jugendlichen stärken. Dazu bedarf es unter anderem auch Freistellungsregelungen für eh-

renamtliches Engagement im Bereich der Schule. Wir sind für die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre bei Landtags- und Kommunalwahlen und wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Jugendliche ab 16 Jahren kommunale Mandate erringen können. In den Kommunen werden wir Kinder und Jugendliche mit umfangreichen Beteiligungsrechten ausstatten, damit sie sich stärker als bisher vor Ort in Planungen und Vorhaben einbringen können. Mit der Aktion unserer Landtagsfraktion »Kindermonat auf politisch« haben wir gezeigt, wie wichtig uns Kinder sind, denn sie sind nun einmal unsere Zukunft!

Eine Schule für alle Kinder

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt kämpft schon seit Jahren für die Gemeinschaftsschule. Viele wissenschaftliche Untersuchungen und zahlreiche individuelle Beispiele weisen darauf hin, wie stark die sozialen Verhältnisse, in denen jemand aufwächst, in Deutschland den Bildungserfolg mitbestimmen. Kinder aus Familien in problematischen Situationen – sei-

es jahrelange Arbeitslosigkeit, seien es finanzielle Sorgen, Sprachprobleme bei Migrantinnen und Migranten, beruflicher oder persönlicher Stress – haben es schwer. Noch dazu bleibt ihnen oft der schulische Erfolg versagt. In einer ähnlich komplizierten Lage sind häufig auch Kinder, die bei einem Elternteil aufwachsen. Auf diese Weise »vererbt« sich auch in

Sachsen-Anhalt die Bildungsarmut von Jahr zu Jahr mehr, und die Chancen auf eine gute Bildung sinken. Nach wie vor verlassen noch zu viele Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Schulabschluss oder mit einem Abschluss der – obwohl nicht selten unter großer Mühe und Anstrengung erlangt – von jenen wenig geschätzt wird, die Ausbildungsverträge schließen

oder über die Aufnahme in weiterführende Bildungsangebote entscheiden. Daher habe ich mich gemeinsam mit den Eltern, Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern engagiert, damit in Gernrode die erste Gemeinschaftsschule im Landkreis Harz gegründet werden konnte. Längeres gemeinsames Lernen als Modell für die Zukunft.

Mehr Demokratie wagen

Ob nun im Landtag oder vor Ort: DIE LINKE tritt für die Rechte der Menschen im Land ein. Die Landesregierung aber regiert an den Menschen vorbei und missachtet deren Interessen – so auch bei den Themen Schule, Kindergarten oder Polizei. Die schwarze Null ist auch in Sachsen-Anhalt ein dringliches Ziel. Aber die Frage ist immer, wie man sie erreicht. Gegenwärtig läuft es so: Dubiose und angeblich kränkeld-

de Firmen bekommen Fördermittel, gleichzeitig müssen Kommunen Grundschulen oder Kitas schließen, weil sie dafür nicht ausreichend Finanzmittel haben. Sachsen-Anhalt wird so in der Fläche immer unattraktiver, und die Menschen ziehen fort. Bürgerinnen und Bürger vor Ort werden zunehmend vor vollendete Tatsachen gestellt und müssen um ihre Mitbestimmungsrechte kämpfen. Diese Ausgrenzung

der Menschen, das Verweigern demokratischer Teilhabe führt zu Politikverdrossenheit. Dem wollen wir uns entgegenstellen. Auch zukünftig werde ich mich für mehr Gerechtigkeit und Fairness im Wahlkreis einsetzen. Demokratie lebt vom Widerspruch, darum unterstützt meine Partei Proteste und Demonstrationen gegen Demokratieabbau, für mehr Teilhabe und Mitbestimmung.



Neonazis stoppen

In den letzten Monaten konnten wir einen massiven Anstieg von Angriffen auf Flüchtlinge, deren Unterkünfte, Unterstützerinnen und Unterstützer und auch auf verantwortliche Politikerinnen und Politiker erleben.

Gleichzeitig stieg die Zahl der Aufmärsche von rechten Parteien – auch bei uns im Harz. Sich dieser Entwicklung entgegenzustellen, Gesicht zu zeigen, sich zu engagieren und Fremdenfeindlichkeit sowie Rassismus

in unserer Gesellschaft entschieden Einhalt zu gebieten, sind die Aufgaben unserer Demokratie. Das heißt, es sind unsere Aufgaben.

Es steht außer Frage, dass wir mit der Aufnahme und Integration der vielen Geflüchteten vor einer wichtigen Herausforderung stehen. Die Aufgabe scheint nicht mehr ganz so groß, schaut man sich die Zahlen, verteilt auf die Kommunen, genauer an. Quedlinburg soll 2016 voraussichtlich etwa 250 Geflüchtete aufnehmen, bei über 25 000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Zudem verliert Sachsen-Anhalt laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung bis zu 310 000 Einwohnerinnen und Einwohner in den nächsten 15 Jahren. Schon jetzt werden durch die Landesregierung immer mehr Schulen geschlossen, Infrastruktur wird im Verhältnis immer teurer, und die Bevölkerung im ländlichen Raum dünnt im-

mer mehr aus. Die Zuwanderung könnte also ebenso als Chance verstanden werden, vorausgesetzt, dass die Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, überhaupt hier bleiben wollen. Laut verschiedenen Umfragen wollen zum Beispiel viele Syrerinnen und Syrer nach dem Ende des Krieges wieder zurückkehren. Im Übrigen haben sich die Rechten noch nie für sozial Schwache oder obdachlose Deutsche interessiert. Die Quedlinburger Geschichte hat eher das Gegenteil bewiesen. Erinnert sei da an das Jahr 1994 und den Tod des 43-jährigen Obdachlosen Eberhart Tennstedt. Das Ausspielen der Schwächsten in unserer Gemeinschaft gegeneinander hat aber System und treibt so die Spaltung der Gesellschaft immer weiter voran. DIE LINKE steht seit jeher für Toleranz und Offenheit. Darum gilt auch für mich: »Rassismus entgegneten – Neonazis stoppen!«



Bitte unterstützen Sie uns.
DIE LINKE. Landesverband
Sachsen-Anhalt
Deutsche Bank, IBAN:
DE09 8 107 0024 0118 8259 01
Verwendungszweck: SPENDE

Hass aus Bequemlichkeit

Ein Gespräch mit Matthias Brenner, Intendant des Neuen Theaters in Halle, und André Bückner, bis 2015 Generalintendant des Anhaltischen Theaters in Dessau



2013 haben in Sachsen-Anhalt Tausende gegen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei der Kultur protestiert. Wie steht es heute um die Kultur im Lande?

André Bückner: Es ging ja nicht nur um Kunst und Kultur, es ging auch um die Bildungslandschaft, die Wissenschaft, die Hochschulen. Das ist etwas gewesen, das eine seltene Einigkeit hergestellt hat. Wenn ich mich erinnere, mit wie vielen Menschen wir hier auf dem Universitätsplatz in Halle waren, mit Studenten, Theaterleuten, Museumsleuten, Bibliotheksleuten. Und ich habe in der Zeit auch immer gesagt: Das ist der Rohstoff des Landes – Kultur, Bildung, Kunst, Wissenschaft. Das zählt auch heute noch und müsste in die Zukunft entwickelt werden. Was könnte man schaffen, wenn man diese Leute liebe und ihnen Möglichkeiten gäbe.

Matthias Brenner: Wir können es nur von zwei Seiten ändern. Es muss in der Bevölkerung eine Begehrlichkeit geben. Und es muss, wenn es einen Machtwechsel geben sollte, einen Politikwechsel, auch eine Befähigung geben, eine Atmosphäre zu schaffen, in der sich ein

Land selber am Kragen und am Hosenboden gleichzeitig aus der Scheiße ziehen kann. Da ist so viel Potenzial. Eine Stadt in dieser Größenordnung kenne ich nicht, die so ein kulturelles, künstlerisches Potenzial hat wie Halle. Das finde ich enorm spannend, aber man belässt es im Prinzip dabei und setzt die Spirale nach unten ein. Wir sind mit einem Sumpf zu vergleichen, und die Erdanziehungskraft zieht uns nach unten, da können wir machen, was wir wollen. Und wenn wir es leisten können, dagegenzuhalten, uns immer wieder miteinander herauszuziehen, dann haben wir was geschafft. Dann können wir auch duschen gehen.

Im unlängst vorgelegten Landeskulturkonzept der Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt spielen Bildung, der Kontakt von Kindern zur Kultur eine große Rolle. Wie wichtig ist da das Theater?

André Bückner: Vor 20 Jahren hatten das die Theater noch nicht so richtig erkannt, da war von Vermittlungs- oder Bildungsarbeit kaum die Rede. Mittlerweile gibt es kein Theater mehr, das sich nicht theaterpädagogisch engagiert, rausgeht in

die Stadt, in die Schulen, aber auch ran an die Lehrer. Wir haben 2014 in Dessau in über 400 Veranstaltungen 16 000 Kinder über die theaterpädagogischen Programme erreicht. Das sind schon enorme Zahlen, besonders in Städten, in denen es viele Probleme gibt, gerade im Hinblick auf Gewaltprävention, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts.

Matthias Brenner: Wir hatten eine Weihnachtspremiere hier im Neuen Theater. Da sitzen die Kinder drin und begegnen als erstes einem Teufel und seinem Sohn, der geprüft wird. Und plötzlich halten die zu dem Kleinen. Die halten zu einem Teufel, die Fünfjährigen. Das ist so großartig, wie sie der ältesten Theaterfigur mit diesem Widerspruch begegnen und einen Exkurs darüber erfahren, was Ewigkeit heißt und was Eis heißt und was ein Splitter bedeutet im Herzen. Und dass die Umwelt erkalten kann, wenn man dem Teufel nicht begegnet ist, um dagegen anzutreten.

Sehr häufig wird an der Kultur gespart. Ein Vorwurf lautet, sie rechne sich nicht.

André Bückner: Kultur »rechnet« sich natürlich nie oder nur dann, wenn alle Kosten auf die Eintrittspreise umgelegt würden. Dann kostet eine Eintrittskarte 250 Euro, und dann können wir uns ja ausrechnen, wie viele Leute sich das leisten können. Das kann ja nicht die Kultur sein, die wir wollen. Öffentlich geförderte – und ich sage bewusst nicht subventionierte, sondern öffentlich geförderte – Kultur ist etwas, das im öffentlichen Interesse der Gemeinschaft ist. Diese Kultur muss eine möglichst niedrige Zugangsbeschränkung auch über die Preise haben. In London kommen Sie kostenlos in jedes Museum. Das finde ich fantastisch! Dort hat man erkannt, dass die Kultur wertvoll, ein Wert an sich ist.

Matthias Brenner: »L'art, c'est de l'argent« hat Michel Piccoli mal gesagt – Kunst ist Geld, Kunst kostet kein Geld, Kunst ist Geld. Das kannst du zum Fenster rauswerfen, es kommt in Manteltaschen wieder herein. Wenn ich mit Studenten auf dem Uni-Platz rede, weiß ich, dass die nicht alle ins Theater gehen, aber sie sind ganz wesentliche Transmitter. Dieser Uni-Platz ist eingeklammert von zwei Theaterhäusern – vom Opernhaus und von uns. Das ist ein unglaublich hohes Gut, weil es ein Thema ist. Das sind Bleibegründe in einer Region, Gründe, in einer Stadt, in einer Kommune miteinander leben zu wollen. Und da muss man aufpassen, dass man die Krankenhäuser nicht abwirt-

schafft, die Universitäten, die Kultureinrichtungen. Als letztes schließen dann die Kneipen. Das wissen die wenigsten. Und dann kann man sich nicht mal mehr kollektiv besaufen.

Das Thema Flüchtlinge polarisiert im Moment wie kein anderes und verschafft der AfD gerade im Osten enormen Zulauf. Was ist zu tun?

André Bückner: Wir müssen, um überhaupt zu irgendeiner Lösung kommen zu können, weg von dieser furchtbaren Angstkultur, die wir im Moment überall vorfinden. Mit Angst kann man nichts Konstruktives machen. Angst ist eine schlimme Waffe. Vor kurzem hieß es, man müsse Angst haben, auf den Weihnachtsmarkt zu gehen, weil sich dort eingesickerte Flüchtlinge als ISIS-Kämpfer enttarnen und in die Luft sprengen. Da wird ein Länderspiel abgesagt, und keiner weiß, warum. Man muss bei dem Flüchtlingsthema die Leute mit

geschürt. Das ist einfach Hass aus Bequemlichkeit.

Matthias Brenner: Genau deswegen sage ich ganz öffentlich: Ich bin an einem Politikwechsel in Sachsen-Anhalt interessiert. Nicht nur, weil ich hier Kultur- und Kunstschafter bin, es hat bei mir auch eine instinktive Komponente, dass wir eine Riesenchance versäumen, wenn wir das konservieren, was da ist. Da gibt es nichts zu konservieren. Es ist nämlich nicht allzu viel da. Es ist ganz viel Kredit in Lebenslust verbraucht, und es ist ein hohes Gut, ein hohes Glück, dass man neben allem Hass, den man erleben muss, mit einer empathischen Ader ausgestattet ist. Und die kann man jetzt umsetzen. Das fällt vielen schwer, ich will sie nicht kleinreden, die Konflikte, die es in den Kommunen gibt. Aber einfach zuzumachen, dichtzumachen, zu sagen, wir bauen uns noch eine Armee um Europa, das ist der Tod, und das ist der gewählte Tod, das ist der



den Alternativen konfrontieren. Gregor Gysi hat in der Bundespressekonferenz die Frage gestellt: »Was wollen Sie machen, wollen Sie die Leute alle erschießen? Das ist die zentrale Frage, darauf fällt alles zurück. Auf die Frage, ob wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen wollen, die zu uns kommen, um sich zu retten. Diese Frage müssen wir für uns klären. Und wenn es in Deutschland tatsächlich eine Mehrheit dafür gibt, dass wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen, die vor Gewalt flüchten, dann wandere ich aus. Wer von uns erlebt denn schon eine Beeinträchtigung seines Lebens? Wer lebt denn jetzt schlechter, wo ein paar Hunderttausend Flüchtlinge da sind? Sind Lebensmittel rationiert, sind Autobahnen gesperrt worden? Wird man nicht mehr behandelt im Krankenhaus? Kriegt man sein Arbeitslosengeld nicht mehr? Nichts dergleichen! Dieses Land funktioniert. Und es würde auch mit noch mehr Menschen weiter funktionieren. Das ist doch gar nicht die Frage. Doch es wird mit Verlustängsten gespielt und Hass

bestellte Tod! Das sind Killer, die engagiert werden müssen, um andere Menschen abzurängen, auch billigend den Tod anderer in Kauf zu nehmen. Und das bestellen wir per Scheckkarte. Wir haben überhaupt nicht so viel auf dem Konto, um das zu bestellen. Das geht einfach nicht. Und deshalb sage ich ganz klar, hier gehört ein Politikwechsel her.

Wenn die Bundesregierung nicht ernsthaft beginnt, die Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, die Weltprobleme ernsthaft anzugehen, werden sie täglich verschärfter zu uns kommen, bis sie unbeherrschbar sind. Natürlich, Frau Bundeskanzlerin, können Sie das nicht allein. Das erwartet auch niemand. Aber was bereiten Sie eigentlich auf den G-7-, G-8- oder G-20-Gipfeln? Warum drängen Sie nicht darauf, wirksam gegen Krieg, Hunger, Not, Elend, Armut und Rassismus vorzugehen?
Gregor Gysi im Deutschen Bundestag



